



**Jeannine Pflugradt**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Zur Berichterstattung des Nordkurier vom 05.09.2017 „Demo in Mirow – mit Bratwurst und Bier“**

Berlin, 05.09.2017

Bezug:

Anlagen:

**Jeannine Pflugradt, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-75873

Fax: +49 30 227-76873

jeannine.pflugradt@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Neustrelitz:**

Strelitzer Str. 55

17235 Neustrelitz

Telefon: +49 3981-3495662

Fax: +49 3981-3497063

jeannine.pflugradt.ma03@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Güstrow:**

Mühlenstraße 53

18273 Güstrow

Telefon: +49 3843-7286075

Fax: +49 3843-7286075

jeannine.pflugradt.ma05@bundestag.de

„Wie ich einer Meldung des Nordkurier vom 05.09.2017 entnehmen konnte, ist die regelmäßig stattfindende Demonstration für den Bau einer Umgehungsstraße für die B198 in Mirow von Donnerstag auf Freitag, den 08. September 2017 verlegt worden. In einem Telefongespräch mit dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Herrn Marian Lopuszanski, teilte dieser mir mit, dass diese Verschiebung bereits vor der Sommerpause mit Herrn Eckhard Rehberg (CDU), der am Freitag vor Ort sein wird, abgesprochen wurde.

Anders als Herr Rehberg, wohne ich in dem Wahlkreis, dem Mirow angehört und bin seit Jahren Mitglied der Bürgerinitiative OU Mirow. Obwohl ich der BI angehöre, wurde ich zum wiederholten Male weder zu der Demo eingeladen, noch über die Verschiebung des Termins informiert. Aus diesem Grund habe ich Herrn Lopuszanski heute meinen Austritt aus der BI erklärt.

Ich habe in den vergangenen Jahren in Sachen Ortumgebung Mirow regelmäßigen Kontakt zu Bundes- und Landesbehörden, sowie mit dem zuständigen Straßenbauamt in Neustrelitz gepflegt und Herrn Lopuszanski regelmäßig über die Ergebnisse meiner Gespräche unterrichtet. Ich habe dies nicht aus parteitaktischen Gründen gemacht, sondern um für die vom Verkehr geplagten Menschen in Mirow an einer Lösung mitzuarbeiten. Dies werde ich auch künftig im Rahmen meiner Möglichkeiten tun.

Allerdings bin ich nicht mehr bereit, einer Bürgerinitiative anzugehören, die ihre Aufgabe offenbar in erster Linie darin sieht, die Schuld an der Verschiebung der Baumaßnahmen bei der Ortsumgebung Mirow öffentlichkeitswirksam der SPD-geführten Landesregierung anzulasten und gleichzeitig eine Plattform für den Wahlkampf von Herrn Rehberg anzubieten.



Herr Rehberg will am Freitag „alle Fakten zur Finanzierung der Umgehungsstraße auf den Tisch legen“ und sicherlich erneut seine dabei angeblich geleistete Arbeit in den Vordergrund stellen. Diese Arbeit wurde allerdings im Verkehrsausschuss geleistet, dem Herr Rehberg nicht angehört.

Neu ist zudem auch nicht, dass zuletzt „(...) sogar die Entscheidung für eine teurere Variante gefallen sei, die zu einer Bauzeitverkürzung um mehrere Jahre führen werde“. Zum einen hat der Nordkurier bereits am 17. Mai 2017 darüber berichtet und zum anderen handelt es sich dabei um eine Initiative der bekanntermaßen SPD-geführten Landesregierung, die die Planungen für die Ortsumgehung in Händen hält und diesen Vorschlag bereits vor längerer Zeit gemacht hat und dem das Verkehrsministerium zugestimmt hatte. Allerdings wurde über diese Einigung Stillschweigen vereinbart.

Laut Auskunft des Straßenbauamtes Neustrelitz werden die Maßnahmen zum Bau der Ortsumgehung übrigens nach Auslage des Planfeststellungsverfahrens im 1. Quartal 2018 im Rahmen der dann erfolgenden sogenannten „sofortigen Vollstreckung“ voraussichtlich ab Jahresanfang 2019 beginnen“.